

„Reden nix deutsch, kriegen aber alles“

Einwanderungsland Bundesrepublik (II): Mit den Volksdeutschen kommen die Scheindeutschen

„Ekelerregend“ findet Helmut Kohl den Vorwurf, seine Aussiedlerpolitik lasse sich von „Deutschtümelei“ leiten. Mittlerweile hat der Zuzug aus dem Osten, wo 4,5 Millionen Deutschstämmige auf Ausreiseerlaubnis warten, die

Union in Bedrängnis gebracht. In ihrer Wählerschaft wächst Unmut über die neue Konkurrenz auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt – und über Pseudodeutsche aus Polen, die mit falschen Papieren einwandern.

Jahrzehntelang brachten Bonner Politiker die Regierungen in Moskau, Warschau und Bukarest mit der Bitte in Bedrängnis, „unseren Landsleuten im Osten“, wie Helmut Kohl sie nennt, endlich die Ausreise zu genehmigen.

Seit gut einem Jahr nun geben die mehr und mehr auf gedeihliche Westkontakte bedachten kommunistischen Regenten dem Betteln der Bonner großzügig statt – und bringen die christliberale Koalition in schockschwere Not.

Unerwartet hohe Aussiedlerzahlen – letztes Jahr 200 000, in diesem Jahr 300 000 bis 350 000 – strapazieren den ohnehin engen Wohnungs- und Arbeitsmarkt der Bundesrepublik. Die Fremdenfurcht vieler Westdeutscher, die zwischen Aussiedlern und Ausländern nicht unterscheiden, beginnt bereits, Wählerstimmen nach rechtsaußen zu treiben und die Unionsmehrheit zu gefährden (SPIEGEL 7/1989).

Schlagartig wird Bonns Regierenden bewußt, welche politischen und sozialen Risiken sie eingegangen sind, als sie Hunderttausende von Aussiedlern in den Westen einluden. Am Anfang stand vor allem, wie Wohnungsbauminister Oscar Schneider (CSU)

einräumt, die Erwartung, „daß neue deutsche Familien mit neuer Lebensvielfalt zu uns kommen“, mit denen sich die Geburtenrate der Bundesrepublik aufbessern lasse – und wohl auch das anti-kommunistisch-konservative Wählerpotential der Union.

Mittlerweile muß jedoch auch Minister Schneider, der 1986 den sozialen Wohnungsbau eingestellt hat, kleinlaut einräumen: „Die Bundesregierung wußte nicht, daß wir in so kurzer Zeit eine derartige Steigerung an Aussiedlern haben.“ Letzte Woche kündigte Schneider an, Bonn werde die Wohnungsbau-Fördermittel im kommenden Jahr um 0,45 auf 1,5 Milliarden Mark anheben – viel zu spät und viel zu wenig, um die vom Deutschen Städtetag registrierte „akute Wohnungsnot“ abzuwenden.

Ein Ende des großen Trecks ist nicht absehbar. Nach Unterlagen des Roten

Kreuzes leben im Osten noch etwa drei Millionen mögliche Aussiedler: 1,9 Millionen in der Sowjet-Union, 750 000 in Polen, 200 000 in Rumänien, 200 000 in Ungarn; hinzu kommen, wie der Bundesnachrichtendienst schätzt, als potentielle Übersiedler rund 1,5 Millionen ausreisewillige DDR-Bürger – insgesamt 4,5 Millionen Menschen.

Die Konkurrenz um Arbeitsplätze wird sich verschärfen. „Wir haben ein Defizit von über zwei Millionen Arbeits-



UdSSR-Aussiedler: „Übertriebene Deutschtümelei“?

plätzen“, sagt die Vizepräsidentin der Bundesanstalt für Arbeit, Ursula Engelen-Kefer, „das wird größer, wenn noch mehr Menschen in unser Land hineinkommen.“

Radikal unterschätzt haben CDU und CSU die Reaktion der Westdeutschen auf die neue Völkerwanderung. Jahrelange Unionspropaganda gegen „Wirtschaftsasylanten“ schlägt nun voll durch auf die von Helmut Kohl so herzlich willkommen geheißenen deutschblütigen Einwanderer aus dem Osten. Umfrageergebnisse bestätigen: 54 Prozent der Bürger, in Bayern sogar 72 Prozent, halten die Aussiedler für Wirtschaftsflüchtlinge.

SPD-Vize Oskar Lafontaine sieht die Union bereits „an den Widersprüchen ihrer eigenen Hetze“ ersticken. Wer gegen jährlich 100 000 Asylbewerber Stimmung mache „mit der Bemerkung, das

Boot sei voll“, und „gleichzeitig sagt, 300 000 Aussiedler seien von uns aufzunehmen“, dürfe sich „nicht wundern über die Früchte, die er erntet“.

Mit seinem Vorwurf, Kohl betreibe mit dem massenhaften Import von deutschstämmigen Aussiedlern „übertriebene Deutschtümelei“, und dem Ratschlag, Bonn möge die Zuwanderung drosseln, hat Lafontaine den Zorn des Kanzlers geweckt: Kohl wütete, diese „ekelerregende“ Aussage zeige, „wie weit die SPD heruntergekommen ist“.

Sozialdemokraten wiederum werfen der Union vor, sie orientiere sich in ihrer Flüchtlingspolitik nicht an der Hilfsbedürftigkeit von Menschen, sondern an „Kriterien der Abstammung“ (Lafontaine). In der Tat müssen die Ost-Zuwanderer, um als Vertriebene anerkannt und finanziell großzügig gefördert zu werden, zumindest einen „deutschprägenden“ Großelternanteil nachweisen, notfalls mit Hilfe des NSDAP-Parteibuchs ihres Großvaters.

Nur eine Minderheit der Spätest-Aussiedlerbeherrscht die Sprache der Ahnen – was dazu beiträgt, daß viele Westdeutsche nicht bereit sind, die Neubürger als Landsleute zu akzeptieren. In der

Bundesrepublik, so der unionsnahe „Rheinische Merkur“, herrsche die Meinung vor, daß es sich „nicht mehr um Deutsche im landläufigen Wortsinn handeln könne“:

Dabei wird als Beispiel auf die Hugenotten verwiesen, deren Nachkommen sich nicht als Franzosen, sondern als Deutsche fühlen und, wie hinzugefügt wird, es auch sind. Auch wird gern über jene Landsleute geredet, die in die USA ausgewandert sind. „Sind sie noch Deutsche? Nein, sie sind längst Amerikaner, auch wenn sie noch Sauerkraut essen und einige deutsche Volkslieder singen, die wir vergessen haben“, lautet die Antwort auf entsprechende Fragen.

Ein Teil der Zuzügler sieht sich nicht nur von mißgünstigen Westdeutschen abgelehnt, sondern, sogar mehr noch, von deutschblütigen Mitassiedlern aus dem Osten. In den Aussiedlerstrom nämlich mischen sich zunehmend Leu-

te, die falsche Abstammungsurkunden vorlegen. Diese Einwanderer sind vielen deutschstämmigen Zuzüglern als „Pollacken“ und „Schmarotzer“ über alle Maßen verhaßt.

„Komplette Fälschungen von Abstammungszeugnissen fallen gar nicht erst auf“, sagt ein Mitarbeiter des Hamburger Landessozialamts: „Drüben kann man alte Papiere als Blanko-Urkunden kaufen und sich damit einen lückenlosen Stammbaum zusammenbasteln.“

Mit der Prüfung der Volkszugehörigkeit kann es das Personal in den hoffnungslos überfüllten Aussiedlerlagern und in den kommunalen Ämtern nicht allzu genau nehmen. „Der eine hat noch einen deutschen Großvater erwischt, der andere hat kein Glück und kauft sich eben einen“, sagt ein Mitarbeiter in Friedland: „Mir ist das egal. Die meisten Polen kommen sowieso aus wirtschaftlichen Gründen, mindestens 90 Prozent.“

Wird mal einem der Vertriebenenstatus verweigert, steht es ihm frei, sich als politisch Verfolgter auszugeben und Antrag auf Asyl zu stellen; wird er abgelehnt, erfährt der Zuzügler aus dem Osten gleichwohl „Duldung“ (Behördendeutsch) und kann Sozialhilfe beziehen – eine der Ursachen dafür, daß letztes Jahr etwa die Hälfte der rund 100 000 registrierten Asylanträge von Polen und Jugoslawen (Anerkennungsquote: 0,5 Prozent) gestellt wurden.

Ist es einem der Zuwanderer hingegen gelungen, sich die deutsche Volkszugehörigkeit bescheinigen zu lassen, bekommt er einen „Registrierschein“: „Der ist so wertvoll wie eine Ikone, nur nicht so schön“, weiß Dieter Adolfs, Aussiedler-Bundesbeauftragter in Friedland. Das Papier begründet faktisch den Anspruch auf einen deutschen Paß, auf Rentenanswartschaften sowie auf Sozialhilfe- und Arbeitslosenbezüge, die das

Durchschnittseinkommen daheim in Polen um ein Vielfaches übersteigen.

An der Seite von Scheindeutschen fühlt sich manch ein Volksdeutscher, zum Beispiel aus der Sowjet-Union, in Friedland als Fremder. „Das wollen Deutsche sein?“ fragt Hanna Heinemann, die aus Taschkent gekommen ist: „Die reden nix deutsch, kennen nix Deutschland, kriegen aber alles.“

Im Aufnahmelager Unna-Massen werden die Beamten von der Lagerleitung immer wieder von fassungslosen Volksdeutschen gefragt: „Warum deutsche Behörde lassen rein so viele Polen, wo sind keine Deutsche?“

Einer aus Oberschlesien, der, seit zwei Jahren arbeitslos, in einer Schlachtsiedlung am Rande Hamburgs lebt, versteht die Welt nicht mehr: „Ich wollte als Deutscher unter Deutschen leben – und nun? Ich lebe unter Pollacken und dreckigen Türken.“

„Sie weinen, aber dann fahren sie“

SPIEGEL-Redakteur Hans Joachim Schöps über Aussiedler zwischen Tadschikistan und der Bundesrepublik

Ach nein, Rosa Lupp schüttelt den Kopf und zieht sich einen Küchenschemel herbei, weil die Stühle schon alle verkauft sind: „Ich wollte hier eigentlich nicht mehr weg. Die letzten paar Jahre wären auch so vergangen.“

Sie ist erst 57, aber wer gelebt hat wie sie, geht mit dem Alter wohl vorsichtig um. Die paar Jahre hätte sie in ihrem Häuschen verbracht, einem einstöckigen Bauwerk, das nicht viel hermacht. Die Wände sind nur aus Lehm, und zur Küche und aufs Klo muß sie immer nach draußen, quer über den kleinen Hof.

Doch dieses Anwesen hat sich Rosa Lupp sauer erarbeitet – gemeinsam mit Woldemar, dem Mann, der nun schon seit vier Jahren tot ist. Sie haben nebenher Schweine gezogen und verkauft, und auch sonntags sind sie noch auf den Bau, um ein bißchen was extra zu verdienen.

Und in der Babuschkinstraße von Duschambe, Tadschikistan, gehört das Haus Nr. 10 zu den besseren Besitztümern. Landschaftlich schön liegt hier sowieso alles. Gleich hinter der Stadt erhebt sich das Dach der Welt, das Pamir-Gebirge, und es hört damit lange nicht auf: erst bei 7495 Metern, dem Gipfel des Pik Kommunismus.

Ihr Häuschen ist Rosa Lupp jetzt los. Sie hat an der Straße einen Zettel ausgehängt, „zu verkaufen“, und dann ging es für 20 000 Rubel „an einen Schwarzen“, wie sie sagt, einen der dunkelhaarigen Tadschiken, die dieser Sowjetrepublik ihren Namen gegeben haben.

Nur das Bettzeug ist noch da, ein paar Teller auf dem Fußboden und ein Spruch an der Wand: „Sei still! Der Blum und Vöglein schenkt, daß sie gar froh gedeihen, auch an Dein traurig Her-



Aussiedlerin Rosa Lupp*, Lupp-Haus im tadschikischen Duschambe: Stille Liebe zu einem

ze denkt, wie er es kann erfreuen.“ Den Schwarzen wird das nicht rühren.

Den Rest ihres Hausstands hat Rosa verrubelt oder in die neun Koffer gezwängt, die aufgereiht an der Wand stehen. Denn sie will nach Deutschland, westlicher Teil, eine Heimat, die sie nicht kennt.

Mit ihr reisen Reinhold, 35, der Sohn, und die Schwiegertochter Luisa. Die sind erst vor kurzem, als die Aussiedlung feststand, mitsamt den beiden Kindern

* Vor der Abreise mit ihrem Gepäck.

in die Hauptstadt gekommen – von der Kolchose Pobeda, was „Sieg“ heißt. Gerade sind sie noch einmal hinüber in die Siedlung Nr. 7, wo sie unter Deutschen und Tadschiken, Usbeken und Russen aufgewachsen sind, und haben ein letztes Mal Abschied genommen. Das war ein trauriges Stück, sagt Luisa, Tränen gab es, „und es war sehr, sehr schwer“.

Gut 40 000 Deutsche haben die Sowjets 1979 in diesem zentralasiatischen Grenzland gezählt, das gen Osten an China stößt und zu 93 Prozent aus Bergen besteht. Danach müssen es noch mehr ge-